

Ministerinnenwünsche und Flächenbrände

In Schleswig-Holsteins Kommunen werden Einbürgerungen sehr uneinheitlich umgesetzt. Mehr, allerdings eher negativer administrativer Konsens ist bei der Abschiebung auch von bisweilen gut integrierten und am Arbeitsmarkt benötigten Ausreisepflichtigen zu beobachten. Selbst Vulnerable – Kranke, Frauen oder Kinder – geraten dabei immer häufiger ins exekutive Fadenkreuz. Die für die ausländerbehördliche Verwaltungspraxis fachaufsichtlich zuständige Sozialministerin Touré macht sich Sorgen um arbeitsmarktliche Bedarfe, bastelt an einem neuen Beratungserlass, wünscht sich ein neues Aufenthaltsrecht – und hofft wohl so, dem strukturellen Rassismus in den Ämtern beizukommen.

In Kiel löst derweil ein Verfassungsschützer einen bekennenden Militaristen im Amt des Oberbürgermeisters ab. Welchen Einfluss das auf den zaghaften Prozess von einer erheblich restriktiven hin zu einer ermessenspositiveren Verwaltungspraxis der landeshauptstädtischen Ausländerbehörde nimmt, wird abzuwarten sein. Einstweilen bleibt die durch die Folgen landesweiter Exekutive herausgeforderte Rechtsberatung beim Flüchtlingsrat und bei der Refugee Law Clinic – mangels öffentlicher Förderung – auf Spenden angewiesen und wird fortgesetzt intensiv in Anspruch genommen.

Bundesbildungsministerin Karin Prien nimmt die gegen Rassismus und rechte Umtriebe engagierte Zivilgesellschaft ins Fadenkreuz und plant Einschnitte im Förderprogramm „Demokratie leben“. Alexander Dobrindt meinte einst, es sei die Zeit gekommen für eine „konservative Revolution der Bürger“. Was er darunter versteht, wird u. a. angesichts seiner Dekrete gegen offene Grenzen für Schutzsuchende, gegen deren Sprachförderung, gegen eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung und gegen die Aufnahme von yezidischen Völkermordopfern aus dem Irak und afghanischen Frauenrechtlerinnen unmissverständlich. „Mit dieser Politik werden die Rechte von ohnehin erheblich vulnerablen Menschen gezielt geschwächt. Der Schutz gesellschaftlicher Minderheiten ist jedoch Teil der demokratischen DNA und unverzichtbar für einen funktionierenden Rechtsstaat“, mahnen gemeinsam mit Pro Asyl die Landesflüchtlingsräte anlässlich ihrer Frühjahrskonferenz in Kiel.

Doch liegt der asylfeindliche Bundesminister im Trend. Auch die EU macht wider allen moralinsauren Lippenbekenntnissen die Schotten ultimativ dicht und stellt auf Grundlage von Kollaborationen zwischen Konservativen und Faschisten im Europaparlament und im Europäischen Rat schutzsuchende Frauen, Männer und Kinder rassistischen Pogromen, der Wegelagerung, Deportationen ins Nirgendwo, der Internierung in exkontinentalen Lagern in vermeintlich sicheren Drittstaaten oder gar dem nassen Tod auf seeuntauglichen Seelenverkäufern anheim.

Zwar scheitern westliche Sanktionspolitiken regelmäßig dabei, Machtssysteme in den anvisierten Staaten zu beeinflussen. Weil sie aber die Ökonomien und Daseinsstrukturen zu Lasten der betroffenen Bevölkerungen im globalen Süden nachhaltig verwüsten, werden sie nach dem Klimawandel zum zweitstärksten Pushfaktor für Migration. Eskalierende Unterdrückung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten und Kriegsgewalt etwa in der Ukraine, im Iran, in der Türkei, in Syrien, im Sudan, in Afghanistan, im Yemen, in Tunesien oder die Annexionsgewalt in den palästinensischen Gebieten tun bei der Zunahme der Fluchtgründe ein Übriges. Aber die Asylchancen in der Festung Europa schwinden.

Die Fehde der von ihren jeweils eigenen Fundamentalisten getriebenen Regierungen in Jerusalem und Washington gegen das islamistisch-autoritäre Regime im Iran und seine Parteigänger hat das Zeug zum Flächenbrand. Bis Mitte März wurden im Libanon und im Iran 4,2 Mio. Menschen zu Binnenvertriebenen, davon allein im Libanon 370.000 Kinder. Wohl über 3.000 Menschen sind bis dahin im Iran, in den anderen Golf-Anrainerstaaten und in der Levante getötet worden. Dem ‚völkerrechtswidrigen Präventivkrieg‘ fallen der Libanon und die regelbasierte Weltordnung zum Opfer. Doch es sei „jetzt nicht der Moment, unsere Partner und Verbündete zu belehren“ erklärt Bundeskanzler Merz zunächst, wird aber angesichts der weltweiten Wirkungen dieses Krieges bald kleinlaut: „wir hätten abgeraten“ – und Putin feixt sich was. Von China bis nach Europa sorgen sich die Herrschenden um ihre Geschäftsmodelle. Im Trikont wissen die Leute nicht mehr, wie sie kochen sollen. Und nach Venezuela und dem Iran kommt Cuba dran? Doch immerhin will das Asylbundesamt seine Iran-Entscheidungspraxis überprüfen.

Kulturstaatsminister Wolfram Weimer inszeniert sich derweil als stramm rechter Kulturkämpfer. Unter anderem migrationsfeindliche Diktate für eine deutsche Erinnerungskultur, seine Übergriffigkeit auf die Meinungsfreiheit in der Filmwelt und eine verlogene Kampagne gegen vermeintlich linke Buchläden pflastern seinen Weg. Wir kaufen derweil unsere Literatur über politische Ehrlichkeit und historische Verantwortung, über antirassistisches Empowerment und antifaschistische Kämpfe, über zivilen Ungehorsam und feministische Resilienz, die beste Belletristik und spannende Krimis, tolle Kinderbücher und coole Comix – das ganze linksextreme Zeug eben – bei Zapata in Kiel. Das machen jetzt alle. Danke Weimer!

War da noch was? Ja! Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. wird 35 Jahre alt. Infragestellungen von demokratiefeindlichen Akteur*innen oder förderungspolitischen Zurückhaltungen zum Trotz werden der Verein, seine beständigen – und hoffentlich viele neuen – Mitglieder und seine Bündnispartner*innen das 2026 mit zahlreichen Veranstaltungen feiern. Dazu sind alle eingeladen, denen das Festhalten an humanitären und grundrechtlichen Überzeugungen und das Engagement für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft wichtig bleibt.

Martin Link

Kiel, 29.3.2026

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper Nr. 113 wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

• **Redaktion:** Martin Link (v.i.S.d.P.) • **Layout:** Kirstin Streckler • **Druck:** hansadruck, Kiel • **Fotos:** Titel, Seite 9 (privat), Seite 39 (unbekannt), Seiten 11, 83, 94, 110, 116, 117, 121 (Martin Link), Seite 26 (Leonie Melk), Seite 41 (Rumyana Hulmequist), Seite 54 (Birgit Pfennig), Seite 92 (Hosny Salah, pixabay), Seite 98 (Salinja Stroux), Seiten 99, 101 (Refugeesinlibya.org), Seite 102 (seawatch), Seiten 105, 107 (infomigrants.net), Seite 128 (Annika Weinthal)

• **Illustrationen:** Seiten 9, 12, 17, 19, 37, 45, 50, 56, 61, 65, 67, 85, 88, 96, 106, 112, 114, 122, 125 (Feri Tabrisi), Seite 69 (Shayesteh Jomhour), Seite 91 (Mohammed Al Hawajri) • **Grafiken:** Seite 97 (haarnetz.com), Seite 103 (Alarm Phone) • **ISBN:** 978-3-941381-51-3 • **Schlepper online im Internet:** www.frsh.de/schlepper • **Adresse:** Redaktion „Der Schlepper“ • Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. • Sophienblatt 82-86 • 24114 Kiel • Tel.: 0431 735000 • Fax: 0431 736077 • schlepper@frsh.de • www.frsh.de